





Offener Brief an den Bundeskanzler und den Bundeslandwirtschaftsminister:

Neue Gentechnik: Wahlfreiheit sichern!

02.12.2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Bundesminister,

im europäischen Gesetzgebungsverfahren zur Regulierung der neuen Gentechnik (NGT) droht aktuell die umfassende Deregulierung gegen EU-Gepflogenheiten und gegen den erklärten Willen der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa. Dem darf Deutschland im Agrarrat nicht zustimmen!

Denn im Trilog werden grundlegende Sicherheitslinien für ein verantwortungsvolles Gentechnikrecht missachtet, so dass Umwelt, Verbraucher*innen und die gentechnikfreie ökologische und konventionelle Landwirtschaft, wie auch Lebensmittelhersteller und -Handel künftig nicht mehr ausreichend geschützt wären.

Gleichzeitig wäre die von der dänischen Ratspräsidentschaft vorangetriebene Vorgehensweise ein hochproblematischer Präzedenzfall. Würde der laufende Trilog trotz des bislang fehlenden Verhandlungsergebnisses durch eine Abstimmung im Europäischen Parlament zum Abschluss gebracht, wäre das mit den demokratischen Gepflogenheiten der europäischen Demokratie unvereinbar. Dabei braucht es gerade jetzt stabile europäische Institutionen.

Eine Mehrheit im Europäischen Parlament ist zudem nur mithilfe der Stimmen rechter Fraktionen absehbar. Eine Wiederholung des Dammbruchs, zudem bei einer so grundlegenden Frage, würde das Vertrauen in die Kompromissfähigkeit der politischen Mitte weiter untergraben.

Wir appellieren daher eindringlich an die Bundesregierung:

- 1. Halten Sie sich an den Koalitionsvertrag. Setzen Sie sich dafür ein, Selbstbestimmung und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Land- und Lebensmittelwirtschaft zu sichern.
- 2. Setzen Sie sich im Sinne des Vorsorgeprinzips und für den Erhalt der ökologischen und konventionellen gentechnikfreien Züchtung und Landwirtschaft für Transparenz, Risikoprüfung und Zulassung und gegen eine breite Patentierung ein.
- 3. Setzen Sie sich auf EU-Ebene klar dafür ein, dass der Trilog ordnungsgemäß fortgeführt wird, bis ein verhandeltes und ausgewogenes Ergebnis vorliegt. Wenden Sie sich gegen ein Vorgehen, das demokratische Gepflogenheiten der EU außer Kraft setzt, und auf die Stimmen der EU-ablehnenden rechten Fraktionen baut.

Der auf dem Tisch liegende Vorschlag läuft den Interessen deutscher Verbraucherinnen und Verbraucher klar zuwider. Er ist eine Gefahr für die bisher ohne Gentechnik wirtschaftende Landwirtschaft und schafft Verunsicherung im Einzelhandel. Wir appellieren an Sie, im Sinne des Gemeinwohls, diesem Vorschlag die Zustimmung zu verweigern.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Bandt, Vorsitzender, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand, Greenpeace Deutschland Jörg-Andreas Krüger, Präsident, Naturschutzbund Deutschland e.V. Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.